

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
10. November 2010
- 3 Maßnahmenpaket für eine stadtteilverträgliche Babelsberger Livenacht
Vorlage: 10/SVV/0543
Gruppe Die Andere
- 4 Einrichtung eines "Erörterungs-Workshop" zu den Groß Glienicker Seeufer
Gutachten
Vorlage: 10/SVV/0723
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 5 Verlust von Ufergrundstücken am Groß Glienicker See
Vorlage: 10/SVV/0725
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 6 Kosten "Uferlandschaft Groß Glienicker See"
Vorlage: 10/SVV/0726
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, FDP
- 7 Verhandlungen zur Entwicklung der Kaserne Krampnitz aufnehmen
Vorlage: 10/SVV/0729
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW
- 8 Gesamtkosten Griebnitzsee
Vorlage: 10/SVV/0746
Fraktionen FDP, Bündnis 90/Die Grünen
- 9 Konzessionsverträge Strom der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 10/SVV/0826
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 10 Kündigung der städtischen Pachtverträge am Groß Glienicker Seeufer
Vorlage: 10/SVV/0830
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 11 Aufstellungsbeschluss für einen B-Plan zum Vorhaben "Drewitz-Park"
Vorlage: 10/SVV/0856
Fraktion CDU/ANW, Fraktion SPD
Äa Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Äa Fraktion SPD

- 12 Neuberufung einer sachkundigen Einwohnerin im Ausschuss Gesundheit und Soziales
Vorlage: 10/SVV/0862
Gruppe Die Andere
- 13 Neuberufung eines sachkundigen Einwohners in den Ausschuss für Kultur
Vorlage: 10/SVV/0868
Gruppe Die Andere
- 14 Konzeption zur Entwicklung des ländlichen Raumes
Vorlage: 10/SVV/0874
Fraktion DIE LINKE
- 15 Verantwortlichkeit für Fehlplanung Radweg Forststraße
Vorlage: 10/SVV/0875
Fraktion DIE LINKE
- 16 Umschuldung und vorzeitige Tilgung von Investitionskrediten im Haushaltsjahr 2011
und Optimierung des Schuldenmanagements
Vorlage: 10/SVV/0941
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 17 Mitteilungen der Verwaltung
- 17.1 Ehrenamtsbericht 2010
Vorlage: 10/SVV/0907
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
- 17.2 Bericht über die Beratung des Oberbürgermeisters mit den Ortsvorstehern
- 17.3 Berichterstattung zum Stand des Tierheims
- 18 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

Frau B. Müller kritisiert anschließend den wiederholt verspäteten Sitzungsbeginn und bittet den Oberbürgermeister, zukünftig darauf zu achten, dass entsprechend der Einladung zu den Sitzungen des Hauptausschusses auch um 17:00 Uhr begonnen wird.

Herr Jakobs stimmt der Auffassung zu; er werde zukünftig verstärkt auf einen pünktlichen Sitzungsbeginn achten.

**zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung
vom 10. November 2010**

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest; zu Beginn der Sitzung sind 12 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung schlägt er vor, die Tagesordnungspunkte:

- 3, Vorlage: 10/SVV/0543, Maßnahmenpaket für eine stadtteilverträgliche Babelsberger Livenacht, **zurückzustellen**, da es eine geänderte Ausgangssituation mit einem entsprechenden Abstimmungsbedarf gebe,
- 4, Vorlage: 10/SVV/0723, Einrichtung eines "Erörterungs-Workshop" zu den Groß Glienicker Seeufer Gutachten,
- 6, Vorlage: 10/SVV/0726, Kosten "Uferlandschaft Groß Glienicker See" **und**
- 10, Vorlage: 10/SVV/0830, Kündigung der städtischen Pachtverträge am Groß Glienicker Seeufer, **zurückzustellen**, weil alle drei Anträge erst nach Abschluss des Moratoriums behandelt werden sollen;
- 9, Vorlage: 10/SVV/0826, Konzessionsverträge Strom der Landeshauptstadt Potsdam, **zurückzustellen**, da hier das Votum des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung fehlt,
- 14, Vorlage: 10/SVV/0874, Konzeption zur Entwicklung des ländlichen Raumes, **zurückzustellen**, da hier das Votum des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung fehlt

sowie den Tagesordnungspunkt

- 11, Vorlage: 10/SVV/0856, Aufstellungsbeschluss für einen B-Plan zum Vorhaben "Drewitz-Park" als ersten zu behandeln, da mehrere Anträge auf Rederecht vorliegen und zahlreiche Gäste anwesend sind.

Unter „Mitteilungen der Verwaltung“ werden folgende Punkte für eine Aufnahme in die Tagesordnung vorgeschlagen:

- Information bezüglich der russisch-orthodoxen Gemeinde
- Information zum steuerlichen Bescheinigungsverfahren der Unteren Denkmalschutzbehörde.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der 39. Sitzung des Hauptausschusses vom 10. November 2010 werden keine Einwände erhoben. Die Niederschrift wird mit 10 Ja-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen bestätigt.

**zu 11 Aufstellungsbeschluss für einen B-Plan zum Vorhaben "Drewitz-Park"
Vorlage: 10/SVV/0856**

Fraktion CDU/ANW, Fraktion SPD

Der Oberbürgermeister schlägt vor, die Anträge auf Rederecht für die Bürgerinitiative "Drewitz-Kirchsteigfeld", hier Frau Hermann, die AG Innenstadt, hier Herr Cornelius und für Herrn Schramm - Einzelhändler, zu Beginn der Behandlung des Tagesordnungspunktes zu erteilen. Gegen diesen Vorschlag und die Erteilung des Rederechts erhebt sich kein Widerspruch.

Frau Hermann stellt in ihrem Redebeitrag die Auffassung der Bürgerinitiative dar sowie die Einschränkungen und Folgen des Drewitz-Parkes für die Bewohner des Kirchsteigfeldes. An die Mitglieder des Hauptausschusses wird ein Fragekatalog ausgereicht und um die schriftliche Beantwortung der Fragen gebeten.

Anschließend erläutert Herr Schramm als Lebensmittel-Einzelhändler seine Situation und die Bedingungen für ihn und andere Einzelhändler, wenn der Drewitz-Park mit dem bislang diskutierten Sortiment entsteht. Er wirbt für die Einhaltung der im Einzelhandelskonzept enthaltenen Strategie und fordert die Stadtverordneten auf, das Vorhaben zu überdenken.

Da zu diesem Zeitpunkt Herr Cornelius noch nicht anwesend ist, schlägt der Oberbürgermeister unter Verweis auf die lebhafte Diskussion im gestrigen Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen vor, dass Herr Teuteberg den im Ausschuss gestellten Änderungsantrag der Fraktion FDP einbringt.

Herr Teuteberg erläutert den allen schriftlich vorliegenden Änderungsantrag und betont, dass der B-Plan für das Kirchsteigfeld zwar die Entstehung eines Gewerbegebietes vorsehe, dies aber sehr weit gefasst sei. Das bislang konkret vorgestellte Konzept stehe nicht im Einklang mit den Wünschen und Erwartungen der Bewohner, so dass Anpassungen vorgenommen werden sollten. Das Einzelhandelskonzept soll dabei Grundlage des Handelns der Landeshauptstadt Potsdam sein. Seine Fraktion meine, dass es gelingen könne, mit dem Investor zu einer Lösung zu kommen, die die Interessen aller Seiten möglichst weitgehend berücksichtige. Dieser geänderte Beschlusstext habe auch im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen eine Mehrheit gefunden, so dass damit wieder auf ein „ordentliches Verfahren“ über einen Aufstellungsbeschluss, den die Stadtverordnetenversammlung beschließt, zurückgekommen werde.

Herr Schubert wendet sich in seinem Redebeitrag an die Bürgerinitiative und betont, dass die in der Veranstaltung vor Ort gegebene Zusage, alle Hinweise usw. mitzunehmen, auch eingehalten wurde. Er geht im Weiteren auf die Kritikpunkte der Bürgerinitiative ein, insbesondere auf die Inanspruchnahme des Wäldchens. Seine Fraktion werde dem Änderungsantrag der Fraktion FDP zustimmen, weil dies ein Kompromissvorschlag sei.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass die Fraktion DIE LINKE den Ausgangsantrag der Fraktionen CDU/ANW und SPD ablehnen werde, der die heftigen Diskussionen in der Bevölkerung ausgelöst habe. Er merkt kritisch an, dass beide Fraktionen versucht hätten, aus der Veranstaltung vor Ort eine öffentliche Beteiligung zu machen. Bis gestern sei an dem Ursprungsantrag festgehalten worden; erst jetzt, wo deutlich werde, dass dieser keine Mehrheiten finde, wollen beide dem Änderungsantrag der FDP zustimmen. Er spricht sich dafür aus, die Gesamtsituation gutachterlich einschätzen zu lassen.

Mit dem Änderungsantrag der FDP sei eine Brücke gebaut worden – allerdings solle der Auftrag an den Oberbürgermeister so erteilt werden, dass die offensichtlichen Bedenken Berücksichtigung finden. Dies sei insbesondere die Inanspruchnahme des Wäldchens, so dass er eine Einfügung nach dem ersten Satz mit folgendem Wortlaut vorschlage:

Der Eingriff in den Wald ist dabei auf das für die Straßenzuführung zwingend notwendige Maß zu begrenzen.

Herr Lehmann verweist auf die Diskussion in der am Vortag stattgefundenen Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen und die dort gelaufene Abstimmung. Weil erst der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und dann der der Fraktion FDP abgestimmt wurde und die anderen damit erledigt seien, konnten diese auch Mehrheiten finden.

Frau B. Müller betont, dass sie als betroffene Bewohnerin des Kirchsteigfeldes auch den Änderungsantrag der Fraktion FDP ablehnen werde. Sie spreche sich für eine Entwicklung der Gewerbeflächen ohne Einzelhandel aus – stilles Gewerbe sei besser als all die genannten Anbieter. Für die Verkehrserschließung des Gewerbegebietes sei es schon ein Unterschied, ob eine Vielzahl von Käufern dort hinfahre oder eine begrenzte Anzahl von Mitarbeitern und ein evtl. Lieferverkehr.

Herr Schubert entgegnet, dass bei stillem Gewerbe der Verkehr zu thematisieren sei und er den Schutz des Handels durch Vermeidung der Ansiedlung für fraglich halte. Mit der Entwicklung des Drewitz-Parkes solle das Einzelhandelskonzept nicht konterkariert werden. Die Inanspruchnahme des Wäldchens solle auf das unumgängliche Maß begrenzt werden.

Der Oberbürgermeister führt dazu aus, dass er das Vorhaben begrüßt habe, weil generell Bedarf an der Entwicklung des Gewerbegebietes bestehe. Natürlich müsse an der Verkehrsführung grundsätzlich etwas geändert werden, aber man müsse dann auch jemanden finden, der das finanziere, denn hier entstehen Kosten von 2 – 3 Mio Euro. Außerdem seien Angebote zu unterbreiten, wie Einzelhandel dort sinnvoll anzusiedeln sei und was mit dem Einzelhandelskonzept kompatibel sei und was nicht. Prinzipiell sei eine Modifikation des Einzelhandelskonzeptes nicht ausgeschlossen.

Auf seine Bitte erläutert Herr Teuteberg, ob mit dem Änderungsantrag der FDP auch eine Ausweitung der Flächen erfolgen könne oder nicht. Herr Teuteberg betont, dass man durchaus Spielraum haben sollte, einschließlich der Option auch links und rechts der Straße Gewerbeflächen auszuweisen, ohne dass das Wohngebiet davon betroffen sei. Laut Flächennutzungsplan sei ein Gewerbegebiet bis zur Trebbiner Straße vorgesehen. Der Wald solle weitgehend erhalten bleiben; wichtig sei jedoch, das Gewerbegebiet zu erschließen. Es gehe darum, einen verträglichen Entwurf zu erhalten und die Stadtverwaltung entsprechend zu beauftragen. Die Diskussion könne wie gewohnt im Ausschuss erfolgen, denn die Stadtverordneten seien jetzt sensibilisiert für die Probleme. Die FDP stehe zum Einzelhandelskonzept, was aber auch weiterentwickelt werden müsse – das sehe der Antrag auch vor. Er spricht sich dafür aus, die aufgeheizte Stimmung in eine sachliche Vorbereitung zu führen.

Herr Dr. Scharfenberg weist darauf hin, dass der Flächennutzungsplan noch gar nicht beschlossen sei und evtl. Absichten, Eingriffe in den Wald vorzunehmen, dazu führen werden, dass die Fraktion DIE LINKE dem Änderungsantrag der FDP nicht zustimmen werde. Er meine, dass mit dem jetzt zu beschließenden Antrag ein eindeutiger Auftrag an die Verwaltung gegeben werden müsse. Zu den Ausführungen des Oberbürgermeisters, dass das Einzelhandelskonzept modifiziert werden könne, merkt er an, dass dieses bisher „heilig“ gewesen sei. Er meine, man solle sich auf die Entwicklungsmöglichkeiten der vorhandenen

Flächen konzentrieren, wie z. B. des Stern-Centers.

Frau B. Müller beantragt, dass das Rederecht für Herrn Cornelius noch gewährt wird, da dieser jetzt anwesend ist und nicht wissen konnte, dass der TOP vorgezogen werde. Herr Cornelius betont, dass er für die AG Innenstadt und Freies Tor spreche und den Änderungsantrag der FDP unterstütze. Damit seien alle Möglichkeiten offen und das Einzelhandelskonzept nicht obsolet.

Herr Menzel wirbt für den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, da dieser der weitergehende sei. Nach einer gutachterlichen Stellungnahme solle geprüft werden, was auch unter dem Aspekt der Umweltverträglichkeit dahin passe.

Diesem Votum folgend stellt der Oberbürgermeister den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Abstimmung, der mit dem Wortlaut:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zur Vorbereitung eines B-Plan-Aufstellungsbeschlusses eine mögliche Zielsetzung und Grenzziehung gutachterlich entwickeln zu lassen. Untersucht werden sollen insbesondere die Potentiale für Handel im Kontext zum gesamtstädtischen Handelskonzept, Potentiale für Gewerbe und Wohnen sowie die Grenzziehung im Kontext der Umweltverträglichkeit.

mehrheitlich **abgelehnt** wird, bei 4 Ja-Stimmen.

Der Ergänzungsantrag der Fraktion SPD vom 01.11.2010 mit folgendem Wortlaut:

Die Verträglichkeit der geplanten Entwicklung mit dem durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Einzelhandelskonzept ist dabei zu beachten.

Neben den im Rahmen des B-Planverfahrens anzuwendenden Beteiligungsinstrumenten ist durch folgende Maßnahmen dafür Sorge zu tragen, dass eine breite Einbindung der Bürger in den Entscheidungsprozess gewährleistet wird:

- 1. Während der Erarbeitung des B-Plan Entwurfes ist frühzeitig im Rahmen einer Bürgerversammlung von Stadtverwaltung und Investor über das geplante Projekt „Drewitz-Park“ zu informieren. Dabei sollen die Einwendungen der Bürger in geeigneter Form erfasst werden und in den Planungsprozess mit einfließen. Die Stadtverordnetenversammlung bzw. die Fachausschüsse sind über Einwände und Schlussfolgerungen zu informieren.*
- 2. Gestaltungsfragen zur Minimierung von Nachbarschaftskonflikten sind von Anfang an einzubeziehen.*
- 3. Der zur Auslegung vorgesehene B-Plan-Entwurf soll vor der Befassung in der Stadtverordnetenversammlung im Rahmen einer öffentlichen Bürgerversammlung vorgestellt werden.*
- 4. Der abschließende Bebauungsplan soll vor seiner Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung im Rahmen einer Bürgerversammlung vorgestellt werden.*
- 5. Der beschlossene Bebauungsplan ist zusätzlich zur Veröffentlichung im Amtsblatt den Bewohnern des Kirchsteigfeldes in geeigneter Form zur Kenntnis zu bringen.*

wird **zurückgezogen**.

Der Ergänzungsantrag der Fraktion DIE LINKE zum Änderungsantrag der FDP, nach dem ersten Satz folgenden Wortlaut einzufügen:

Der Eingriff in den Wald ist dabei auf das für die Straßenzuführung zwingend notwendige Maß zu begrenzen.

wird zur Abstimmung gestellt und mit 8 Nein-Stimmen **abgelehnt**, bei 5 Ja-Stimmen.

Auf Nachfrage informiert Herr Schubert, dass der Antrag der Fraktionen CDU/ANW und SPD in der ursprünglichen Fassung **nicht mehr zur Debatte stehe**.

Der Änderungsantrag der Fraktion FDP wird darauf hin zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den bestehenden „B-Plan 18 Kirchsteigfeld“ fortzuschreiben und dabei die Fläche bis zur Trebbiner Straße einzubeziehen. Die textliche Festsetzung ist auf Grundlage des Einzelhandelskonzeptes anzupassen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 1
Stimmenthaltung: 4

- zu 3 Maßnahmenpaket für eine stadtteilverträgliche Babelsberger Livenacht**
Vorlage: 10/SVV/0543
Gruppe Die Andere

zurückgestellt - da es eine geänderte Ausgangssituation mit einem entsprechenden Abstimmungsbedarf gibt

- zu 4 Einrichtung eines "Erörterungs-Workshop" zu den Groß Glienicker Seeufer**
Gutachten
Vorlage: 10/SVV/0723
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

zurückgestellt - Behandlung nach Abschluss des Moratoriums

- zu 5 Verlust von Ufergrundstücken am Groß Glienicker See**
Vorlage: 10/SVV/0725
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Herr Menzel bringt den Antrag ein und begründet das Anliegen.

Frau Krusemark führt aus, dass ihr Bereich beauftragt wurde, sämtliche Verkäufe zu prüfen und festzustellen, wann Vorkaufsrechte ausgeübt wurden. Wenn diese nicht ausgeübt wurden, sei die Begründung dafür ebenso Gegenstand der Prüfung gewesen. Sie schlägt vor, die Ergebnisse der Prüfung, die in einer Liste zusammengefasst wurden, als nicht öffentliche Anlage der Niederschrift des

Hauptausschusses beizufügen.

Daraufhin gibt Herr Menzel namens der Antragstellerin bekannt, dass er den Antrag mit dem Wortlaut:

Das Rechnungsprüfungsamt wird beauftragt, für die 39 im Privatbesitz befindlichen Ufergrundstücke einen Bericht darüber anzufertigen:

- wann welche Grundstücke, von wem erworben wurden,
- wann und wo von Privat an Privat verkauft wurde, wie oft dabei Groß Glienicke und Potsdam versucht haben, das gebotene Vorkaufsrecht auszuüben und welchen Erfolg sie dabei hatten,
- wie oft und wo aus welchen Gründen die Stadt nicht Eigentümerin wurde, weil Fehler im Verwaltungshandeln vorlagen,
- wie oft und wo die Stadt auf ihr Vorkaufsrecht aus welchen Gründen verzichtet hat.

Der Bericht ist dem Rechnungsprüfungsausschuss mit den geprüften Akten zur Prüfung im November 2010 und der Stadtverordnetenversammlung im Dezember 2010 vorzulegen.

zurückzieht.

zu 6 Kosten "Uferlandschaft Groß Glienicker See"

Vorlage: 10/SVV/0726

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, FDP

zurückgestellt - Behandlung nach Abschluss des Moratoriums

zu 7 Verhandlungen zur Entwicklung der Kaserne Krampnitz aufnehmen

Vorlage: 10/SVV/0729

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW

Der Oberbürgermeister gibt das zustimmende Votum des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen zu einem geänderten Beschlusstext bekannt, der allen Mitgliedern des Hauptausschusses schriftlich vorliegt.

Da es keinen weiteren Redebedarf gibt, wird dieser geänderte Beschlusstext zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, unverzüglich Verhandlungen mit dem Land Brandenburg aufzunehmen, um eine Rückabwicklung der Flächenverkäufe des ehemaligen Kasernengeländes in Krampnitz an Privatinvestoren zu erreichen. ~~Das Land soll die Flächen stattdessen der Stadt Potsdam zu mindestens den gleichen günstigen Konditionen zur Entwicklung anbieten.~~

Es sollen verschiedene Szenarien entwickelt werden, die in jedem Fall dem Prinzip folgen, dass Gewinne aus lukrativen Flächen des Kasernengeländes in nicht lukrative Fläche (die z.B. mit Altlasten belastet sind) reinvestiert werden müssen. Dabei ist auch die Möglichkeit der Gewinnabschöpfung durch einens

höheren Grundstückspreises für die lukrativen Flächen zu prüfen.

Die Schaffung eines Entwicklungsgebietes Kaserne Kramnitz ist umgehend zu prüfen. Die Stadtverordnetenversammlung ist im Dezember über den aktuellen Stand zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11

Ablehnung: 1

zu 8 Gesamtkosten Griebnitzsee

Vorlage: 10/SVV/0746

Fraktionen FDP, Bündnis 90/Die Grünen

Herr Teuteberg bringt den Antrag ein und betont, dass damit u. a. Transparenz geschaffen werden solle.

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass mit dem zum 01.12.2010 vorzulegenden B-Plan auch eine Aufschlüsselung der Kosten erfolgen werde, so dass der Antrag damit erledigt sei.

Herr Teuteberg schlägt vor, den Antrag bis dahin im Geschäftsgang zu lassen und an Hand der Aufschlüsselung zu entscheiden, ob der Auftrag erledigt sei.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

zu 9 Konzessionsverträge Strom der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 10/SVV/0826

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

zurückgestellt, da hier das Votum des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung fehlt

zu 10 Kündigung der städtischen Pachtverträge am Groß Glienicker Seeufer

Vorlage: 10/SVV/0830

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

zurückgestellt - Behandlung nach Abschluss des Moratoriums

zu 12 Neuberufung einer sachkundigen Einwohnerin im Ausschuss Gesundheit und Soziales

Vorlage: 10/SVV/0862

Gruppe Die Andere

Der Oberbürgermeister bittet Herrn Rietz, die von seiner Fraktion beantragte Überweisung in den Hauptausschuss nochmals zu begründen. Herr Rietz führt aus, dass die Beratung im Hauptausschuss deshalb beantragt worden sei, weil man sich Gedanken über die Einbeziehung aller Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung machen müsse, um die Diskussion in den Ausschüssen nicht in den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung zu wiederholen. So könne den Mitgliedern von Gruppen ein generelles Rederecht

eingräumt werden, um ihnen die Einbringung ihrer Anträge zu ermöglichen.

Herr Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung betont, dass mit den DS **10/SVV/0862** und **10/SVV/0868** zwei Anträge vorliegen, die mit der BbgKVerf vereinbar seien, weil es für die Berufung sachkundiger Einwohner keine rechtlichen Schranken gebe. Jeder habe das Recht, diesbezügliche Vorschläge zu unterbreiten. Er meine, dass das mit der Repräsentation der Gruppen in den Ausschüssen in keinem Zusammenhang stehe. Trotzdem „stehe“ dieses von Herrn Rietz angesprochene Thema; heute sei jedoch nur über die vorliegenden Anträge zu entscheiden. Er halte es für richtig, den Vorschlägen der Gruppe Die Andere zuzustimmen, weil Frau Laabs u. a. durch ihre beruflichen Erfahrungen die Voraussetzungen mitbringe, um sachkundige Einwohnerin zu werden und auch Herr Bauer seine Eignung und Sachkunde bereits unter Beweis gestellt habe. Allerdings seien ihm auch Bedenken gegen die Berufung so vieler sachkundiger Einwohner bekannt und deren Auswirkungen auf die Arbeitsfähigkeit der Ausschüsse.

Herr Exner merkt dazu an, dass die Abstimmung frei sei und es keine Ansprüche auf die Berufung gebe. Auch wenn die Gruppe Die Andere bei ihren Mitgliedern nach dem Rotationsprinzip verfare, könne dies nicht auf die sachkundigen Einwohner übertragen werden. Hierzu sei eine mehrheitlicher Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung Voraussetzung. Bezüglich des Rederechts von Nichtmitgliedern in den Ausschüssen gebe die Kommunalverfassung eindeutige Regelungen vor und deshalb erfolge auch die Abfrage, ob dem zugestimmt werde. Ein Rederecht gebe es nicht percée, wenn man nicht Mitglied im Ausschuss ist.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Frau Anke Lehmann wird als sachkundige Einwohnerin aus dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales abberufen.

Neu als sachkundige Einwohnerin wird Frau Julia Laabs berufen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 13 Neuberufung eines sachkundigen Einwohners in den Ausschuss für Kultur
Vorlage: 10/SVV/0868
Gruppe Die Andere

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Herr Benjamin Bauer wird als sachkundiger Einwohner in den Ausschuss für Kultur berufen.

Abstimmungsergebnis:
Zustimmung: 10
Ablehnung: 2
Stimmhaltung: 1

zu 14 Konzeption zur Entwicklung des ländlichen Raumes
Vorlage: 10/SVV/0874
Fraktion DIE LINKE

zurückgestellt, da hier das Votum des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung fehlt

zu 15 **Verantwortlichkeit für Fehlplanung Radweg Forststraße**
Vorlage: 10/SVV/0875
Fraktion DIE LINKE

Der Oberbürgermeister informiert, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen die Vorlage mehrheitlich abgelehnt hat.
Herr Dr. Scharfenberg betont, dass sich so etwas nicht wiederholen dürfe und es Anliegen des Antrags gewesen sei, festzustellen, wo es „geklemmt“ habe.

Der Antrag mit folgendem Wortlaut wird zur Abstimmung gestellt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die konkrete Verantwortlichkeit für die Fehlplanung im Zusammenhang mit der Einrichtung eines Radweges in der Forststraße festzustellen.

Die Stadtverordnetenversammlung ist in ihrer Sitzung im Dezember 2010 über das Ergebnis der Prüfung und mögliche Konsequenzen zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4
Ablehnung: 9

Damit empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

zu 16 **Umschuldung und vorzeitige Tilgung von Investitionskrediten im**
Haushaltsjahr 2011
und Optimierung des Schuldenmanagements
Vorlage: 10/SVV/0941

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

Herr Exner und Frau Meder bringen die Vorlage ein und erläutern die für 2011 geltenden Besonderheiten. Auf die Nachfrage von Frau B. Müller, was vorzeitige Kreditkündigungen gekostet haben, entgegnet Frau Meder, dass derzeit noch keine vorzeitigen Tilgungen durchgeführt worden seien. Mit dem jetzt vorliegenden Antrag gehe es nur um die Ermächtigung dafür, die aber nur bei Ablauf der Fristen genutzt werde.

Der Hauptausschuss beschließt:

- 1. Den für das Haushaltsjahr 2011 vorzunehmenden Umschuldungen der Investitionskredite i.H.v. maximal 18.667.630,53 EUR gemäß Anlagen 1 - 7 zu Anschlussstilgungen und Zinssätzen (nominal) von höchstens 5,0% bei einer maximalen Zinsbindungsdauer von 20 Jahren wird zugestimmt.**
- 2. Weiterhin erfolgt die Zustimmung zur alternativen Möglichkeit vier der zur Umschuldung anstehenden Darlehen gemäß Anlage 8 i.H.v. maximal 1.071.387,02 EUR ggf. auch vorzeitig zu tilgen.**
- 3. In Umsetzung des haushaltsbegleitenden Beschlusses zur Optimierung des Schuldenmanagements können ab sofort grundsätzlich**

Forwarddarlehen abgeschlossen werden, wenn dies aufgrund der erwarteten / prognostizierten Zinsentwicklung als betriebswirtschaftlich sinnvoll erscheint.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 17 Mitteilungen der Verwaltung

zu 17.1 Ehrenamtsbericht 2010

Vorlage: 10/SVV/0907

Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

Herr Meck beantwortet die diesbezüglichen Nachfragen der Mitglieder des Hauptausschusses, so von Frau Dr. Müller zum Punkt 5, Ehrenamtspass / Freiwilligenpass, wo zwar der erste Inhaber desselben genannt werde, aber nicht die Anzahl die insgesamt ausgereicht wurde, zu Punkt 6 und der Anzahl der Ehrenamtlichen, die die Härtefallklausel in Anspruch genommen haben sowie zum Punkt 10 – dem Ehrenamtsbeirat – was er leisten, wann er gebildet und wer Mitglied sein solle und Herrn Dr. Scharfenberg, was vom Ehrenamtspass des Landes übernommen werde.

Im Weiteren wird ein Meinungs austausch zur Anerkennungskultur und Möglichkeit der Inanspruchnahme von Leistungen geführt sowie zur Einbeziehung verschiedenster Akteure der Stadt, zum Verfahren der Antragstellung und zur Inanspruchnahme der Härtefallregelung.

Auf die Anmerkung von Herrn Dr. Scharfenberg, dass bereits seit 5 Jahren verschiedenste Anläufe gestartet wurden, mit dem Ehrenamtspass ehrenamtliche Leistungen anzuerkennen und dabei die Inanspruchnahme von Leistungen immer wieder eine Rolle gespielt habe, entgegnet der Oberbürgermeister, dass die Anerkennungskultur auf „breite Füße“ gestellt werden müsse, weil ansonsten die Stadt die Kosten tragen müsse. Die Stadt sei hier auf einem guten Weg und werde diesbezügliche Kontakte knüpfen und Gespräche führen.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 17.2 Bericht über die Beratung des Oberbürgermeisters mit den Ortsvorstehern

Herr Jetschmanegg berichtet, dass als wesentlicher Tagesordnungspunkt das Verfahren der Zuwendungen an Vereine und Verbände und die diesbezüglichen gesetzlichen Grundlagen besprochen wurden. Mit Unterstützung des Rechnungsprüfungsamtes seien umfassend Erläuterungen gegeben worden, auch unter Berücksichtigung des Anliegens, das Verfahren zu vereinfachen. Zahlreiche Vorschläge für das Jahr 2011 seien unterbreitet worden, von einem Workshop-Angebot im Januar und Februar, über die Einrichtung von Sprechzeiten bis hin zu Erklärungen der Formulare. Weitere Themen seien die Fahrradwege und der Lückenschluss in den einzelnen Ortsteilen gewesen – allerdings sei man mit diesem Thema nicht zu Ende gekommen und werde das in der Beratung am 07.12.2010 fortsetzen, ebenso wie die das weitere Verfahren mit denkmalgeschützten Einrichtungen in den Ortsteilen.

Auf die Nachfrage von Herrn Menzel, ob auch die Handhabung in den Ortsbeiräten eine Rolle gespielt habe, entgegnet der Oberbürgermeister, dass es nur um Antrags- und Abrechnungsverfahren und deren Vereinfachung gegangen sei.

zu 17.3 Berichterstattung zum Stand des Tierheims

Frau E. Müller führt dazu aus, dass man sich gemäß der im August im Hauptausschuss gegebenen Information im Zeitplan befinde und mit dem Ausschreibungsergebnis nach geforderter Nachbesserung und erneuter Versendung der Vergabeunterlagen mit einem Ergebnis Anfang Januar 2011 rechne, nachdem im Dezember die Submission erfolgt sei.

Auf weitere Fragen von Herrn Dr. Scharfenberg, z. B. zu Anzahl und Art der Bewerber verweist Frau E. Müller darauf, dass sie „aus gutem Grund“ nicht in das Verfahren involviert sei und somit keine Auskunft geben könne. Und, so der Oberbürgermeister, befinde man sich im Verfahren und könne sowieso keine Informationen geben.

neu Information zur russisch-orthodoxen Gemeinde

Der Oberbürgermeister führt aus, dass mit der russisch-orthodoxen Gemeinde der Neubau des Hauses der Barmherzigkeit intensiv besprochen wurde, einschließlich der Konditionen und vertraglichen Regelungen. Die Gemeinde habe dazu noch Redebedarf; er sei allerdings optimistisch, zu einer Einigung zu kommen.

Auf die Nachfragen von Herrn Dr. Scharfenberg, wo es noch Klärungsbedarf gebe und was noch problematisch sei, betont der Oberbürgermeister, dass er das nicht vertiefen wolle. Beide Seiten hätten vereinbart, die Gesprächsergebnisse „sacken“ zu lassen. Auf die Anmerkung von Herrn Dr. Scharfenberg, dass er schon wissen wolle, wo die Schwachpunkte liegen, denn dafür stehe die Problematik schon zu lange, und dass es einen Beschluss der StVV gebe und der OBM „nicht machen könne, was er wolle“, entgegnet dieser, dass er das auch nicht tue, sich aber an die Absprachen halte.

neu Steuerbescheinigungen Denkmalschutz

Der Oberbürgermeister informiert über ein am gleichen Tag stattgefundenes Gespräch über den Umgang mit Steuerbescheinigungen bei Denkmal-Sanierungen, an dem neben seiner Person auch der Staatssekretär des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Herr Martin Gorholt, sowie weitere Fachleute des Ministeriums und der Stadtverwaltung teilgenommen haben.

Im Ergebnis sei vereinbart worden, dass die Verfügungen der Bauverwaltung Potsdam zurückgenommen werden und sich beide Seiten auf ein gemeinsames Verfahren geeinigt hätten. Bei Altfällen werde geprüft, welche Bescheinigungen zu Dachgeschossausbauten im Bestand betroffen seien und für diese werde nachträglich eine Wirtschaftlichkeitsberechnung von den Eigentümern angefordert. Nach Ansicht der Landeshauptstadt betreffe das weniger als 10 % der bearbeiteten Fälle. Einfamilienhäuser mit geringer Wohnfläche seien von dieser Überprüfung nicht betroffen. Künftige Regelungen und Verfahren werden in einer Arbeitsgruppe mit dem Land besprochen und die Anforderungen abgestimmt.

Remonstrationsverfahren der Finanzämter werden selbstverständlich bearbeitet, weil Steuerbescheinigungen nach Recht und Gesetz erteilt werden und die Vorgehensweise hanhabbar sein müsse.

Auf die Nachfrage von Frau Dr. Müller, mit welcher Begründung die interne Arbeitsanweisung zurückgenommen werden musste, entgegnet der Oberbürgermeister, dass Grundlage für die Bearbeitung der Anträge die Richtlinie

des Landes sei. Die Arbeitsanweisung sei zum Teil mit den Anforderungen des Landes nicht in Einklang zu bringen; bezüglich der Remonstrationsverfahren habe das Land ein Verfahren unterstellt, was nicht mehr gegeben sei.

neu gemeinsame Sitzung mit dem Kreisausschuss

Der Oberbürgermeister informiert über ein Gespräch mit dem Landrat Herrn Blasig, in dem man sich auf eine gemeinsame Sitzung im I. Quartal 2011 verständigt habe. Nun müsse sich noch auf eine gemeinsame Tagesordnung geeinigt werden, die dem Hauptausschuss auch vorgestellt werde.

neu gemeinsamen Beratung Landtag und Hauptausschuss zum Landtagsneubau

Die Einladung zu dieser Beratung, so der Oberbürgermeister, erfolge für die erste Dezemberhälfte und werde die Hauptausschussmitglieder in den nächsten Tagen erreichen. Auf den kritischen Hinweis von Frau Dr. Müller, dass kein konkreter Termin genannt werde, verweist der Oberbürgermeister darauf, dass sich hier unterschiedlichste Beteiligte auf einen Termin einigen müssten.

zu 18 Sonstiges

Besetzung der Stelle der Beigeordneten für Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz

Frau Dr. Schröter verweist auf die auslaufende Amtsperiode der Beigeordneten und fragt nach der Zeitschiene für deren Neubesetzung.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass Frau E. Müller ihren Dienst im Juni 2002 angetreten habe und die Stelle frühestens ein halbes Jahr vor Ablauf der Amtszeit neu besetzt werden könne. Er werde zu Beginn des nächsten Jahres einen Verfahrensvorschlag unterbreiten.

Haus Dietz

Frau Dr. Schröter nimmt Bezug auf die Berichte über einen möglichen Abriss des Hauses Dietz in der Kurfürstenstraße. Da es hier scheinbar Ungereimtheiten gebe, bitte sie um eine präzise Aussage zum tatsächlichen Sachstand.

Herr Klipp betont in seinen Ausführungen, dass die Presseberichte nicht zutreffend seien. Es habe einen Antrag auf Vorbescheid gegeben, der sich auf die Zulässigkeit einer Geschossbebauung beziehe. Damit wurde die Frage des Eigentümers positiv beantwortet, ob auf seinem Grundstück eine Geschossbebauung möglich ist, so wie auf den angrenzenden Grundstücken der Leiblstraße 20 – 24. Zu der Aussage des Landesdenkmalamtes, sie hätten das Haus Dietz gern auf der Denkmalliste, könne er nur sagen, dass diese Liste durch das Landesdenkmalamt selbst geführt werde. Abschließend merkt Herr Dr. Scharfenberg an, dass das Haus unter Denkmalschutz gestellt worden sei – zumindest sei das zu „DDR-Zeiten“ so gewesen.

Moratorium Griebnitzsee

Herr Menzel bittet, eine Kopie des Schreibens an die Anrainer den Fraktionen zur Kenntnis zu geben. Da diese individuell für jeden einzelnen Anrainer verfasst worden sind, sagt der Oberbürgermeister zu, dass das Grundmuster der Schreiben an die Niederschrift gefügt werde, soweit rechtlich nichts dagegen spreche.

Bericht zum STEK – Wohnen

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach, wann mit dem Bericht zum STEK-Wohnen zu

rechnen sei, der im IV. Quartal vorgelegt werden sollte. Herr Klipp, so der Oberbürgermeister, wird die Frage klären und informieren.